

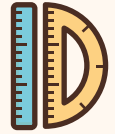
LandInForm

2/2016
AUSZUG

Herausgeber:
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de



„Hier können wir Fußball in der Pause spielen; den Platz haben wir alle zusammen gebaut, mit den Eltern und Kindern.“ *Elias, 7 Jahre*



„Gut, dass wir hier eine Schule haben, weil Ulfa ja so ein kleines Dorf ist. Ich kann ganz schnell hinlaufen.“
Dorian, 8 Jahre



„Bei Eltern stößt das Konzept des jahrgangsübergreifenden Unterrichts oft noch auf Vorbehalte. Sie fühlen sich an die alte Dorfschule erinnert und müssen erst einmal überzeugt werden, dass ihre Kinder auch ausreichend Förderung erhalten.“
Anke Erdmann, Seiten 20 und 21



IM FOKUS

Die Schule im Dorf lassen?





„Der Handlungsspielraum vor Ort würde für unsere Schule eingeschränkt, wenn die Leitung aus der Ferne agiert.“
Katja Sang, Seite 24

„Sächsische Gemeinden, in denen die letzte Grundschule geschlossen wurde, haben spätestens seit dem Jahr 2000 eine negative Migrationsrate. Tatsächlich aber ist diese Entwicklung eine landesweite, die von den Schulschließungen weitgehend losgelöst ist.“

Bilal Barakat, Seiten 14 und 15



„Eine Verbundlösung kann ein großer Schritt auf dem Weg zu verstärkter Zusammenarbeit von Nachbargemeinden sein und deren Austausch in sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen fördern.“

Ralf Hörnig, Seite 25



Die Dorfschule – mehr als Unterricht?

Einst war die Schule fester Bestandteil jedes Dorfes, seit Jahrzehnten nimmt ihre Zahl ab. Schüler, Eltern und Dorfbewohner wehren sich vielerorts gegen Schulschließungen. Brauchen wir die Dorfschule noch?

[VON TORSTEN SOMMER]

Es ist wohl eines der einschneidendsten Erlebnisse im Leben jedes Fünf- oder Sechsjährigen: die Einschulung. Mit großen Augen, voller Erwartungen, die viel zu große Schultüte fest in den Arm gedrückt, starten die Knirpse ihre „Karriere“ in unserem schulischen Bildungssystem. Neugierig und oft sehr wissbegierig, wollen sie die Welt entdecken und Antworten auf ihren schier unerschöpflichen Fundus an Fragen erhalten. Dafür ist die Schule schließlich da – sie soll Wissen vermitteln, das Lernen lehren und bestenfalls den Spaß daran fördern. Doch nicht nur das. Auf den Fluren oder dem Schulhof messen sich die Kinder mit Gleichaltrigen; Freundschaften werden geschlossen und gehen auseinander; man verabredet sich zum Spielen auch außerhalb der Schule – die bisher überschaubare Welt weitet sich ein erstes Mal spürbar. Schule ist damit nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Ort der sozialen Interaktion.

Schwerpunkt des dörflichen Lebens

Hat sich eine junge Familie auf dem Land niedergelassen, so wird die (Grund-)Schule im Dorf – genauso wie die Kindertagesstätte – auch für die Erwachsenen zum sozialen Kristallisationspunkt des dörflichen Lebens. Hier lernt man Eltern von gleichaltrigen Kindern kennen, Alteingesessene knüpfen Kontakte mit Zuzüglern, Bekanntschaften mit Gleichgesinnten entstehen – im günstigsten Fall Freundschaften fürs Leben. Häufig gestalten Einwohner,

Eltern und Lehrer gemeinsam das alljährliche generationenübergreifende Dorffest; gemeinsam werden Projektwochen initiiert und umgesetzt; die vielfältigen Sportangebote des örtlichen Sportvereins wären ohne die zur Schule gehörende Sporthalle nicht denkbar.

Eigentümer oder Träger der Grundschulgebäude sind in der Regel die Kommunen oder ein Schulverband als Zusammenschluss mehrerer Gemeinden. Sie investieren in die Gebäude, finanzieren die Unterhaltung auch der zugehörigen Sporthalle, stellen den Hausmeister, gestalten den Schulhof und sichern den Schülertransport. Lehrer und Pädagogen schließlich werden vom Land finanziert. Ihre Arbeit richtet sich nach den von den Ländern entwickelten Lehrplänen. Das System Grundschule ist organisatorisch äußerst komplex – wobei es Unterschiede je nach Bundesland geben kann. Die Abbildung zeigt beispielhaft die Struktur für Schleswig-Holstein.

Ein kostbares Gut in Gefahr

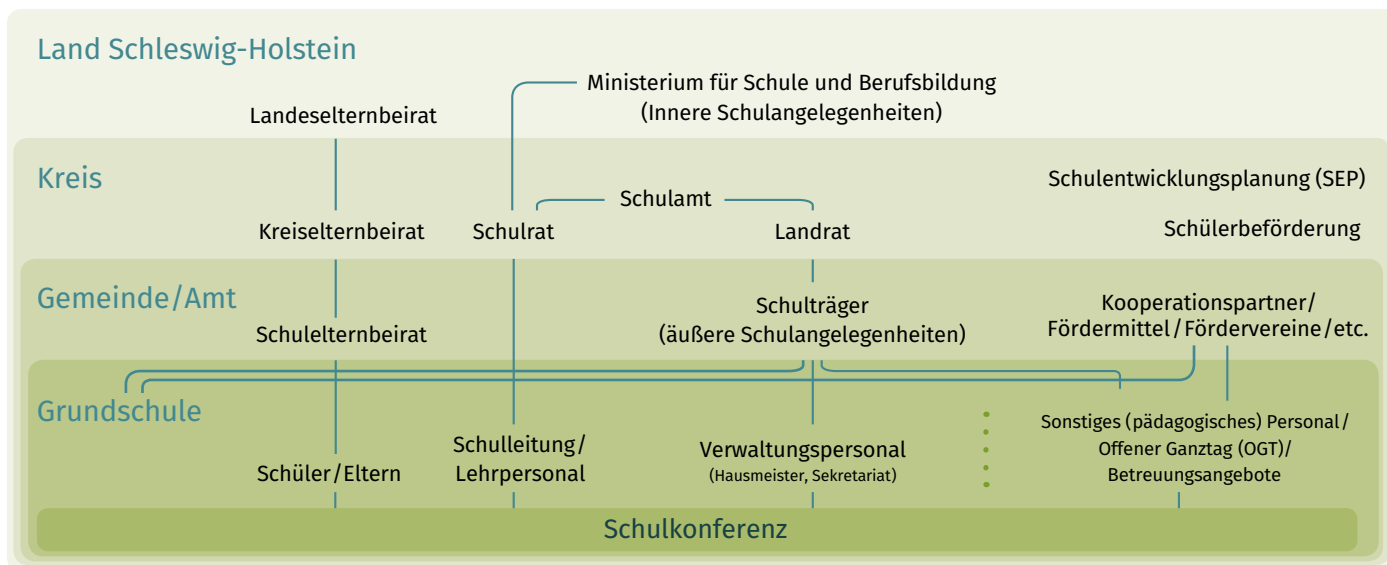
Für die Kommunen ist die „Schule im Dorf“ ein hoch gehandeltes Gut. Nicht ohne Grund ist eine der ersten Fragen von jungen Familien, die ein neues Zuhause suchen: „Gibt es in Ihrem Dorf einen Kindergarten und eine Grundschule?“ Es folgen Fragen zu den Betreuungszeiten und zum pädagogischen Konzept. Für Gemeinden, die keine Betreuungs- und Bildungsangebote im Primärbereich

mehr vorhalten können, könnte es deshalb auf lange Sicht noch schwerer werden, eine Trendwende im Sinne von Zuzug oder Verjüngung einzuleiten.

Doch sind die Grundschulstandorte in vielen Gemeinden mittlerweile in Gefahr, immer mehr Einrichtungen müssen schließen. Die Gründe sind bekannt: durch den demografischen Wandel bedingte sinkende Schülerzahlen auf der einen Seite, länderspezifische Gesetzgebungen und Regelungen auf der anderen. Dadurch zeigt sich das Phänomen in den einzelnen Bundesländern auch mit unterschiedlichen Ausprägungen und Intensitäten. Ein Beispiel: In Schleswig-Holstein gab es Anfang des Jahrtausends 626 Grundschulen. Bis 2007/08 ging diese Zahl langsam um 29 Schulen auf 597 zurück. Ein weiterer Rückgang erfolgte dann zwischen 2007 und 2013 um weitere 87 Grundschulen, einschließlich der kombinierten Grund- und Regional- beziehungsweise Gemeinschaftsschulen.

Frühzeitiger und dramatischer war die Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern. Dort wurden bereits im Zeitraum 1994 bis 2003 zwischen 22 Prozent (Brandenburg) und 36 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) der Grundschulen geschlossen. Inzwischen wurden auch die Schulen der Sekundarstufe von der Schließungswelle erfasst.

Schulschließungen im ländlichen Raum sind besonders dramatisch,



Quelle: Studie zur Zukunftsfähigkeit der Grundschulen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins

weil viele Gemeinden – im Unterschied zum verdichteten Raum und zur Stadt – damit oft ihr einziges Schulangebot verlieren. So sind in den neuen Bundesländern rund 700 Gemeinden von Grundschulschließungen betroffen, 453 Gemeinden haben bereits ihre einzige (Grund-)Schule verloren.

Einfache Lösungen gibt es nicht

Wie lässt sich dieser Entwicklung nun entgegenwirken? Zunächst einmal gilt es, den Anpassungsbedarf ernst zu nehmen und das komplexe Steuerungs- und Regelungssystem der Grundschulen im ländlichen Raum zu verstehen. Darauf aufbauend Lösungsvorschläge zu unterbreiten, war Ziel einer von der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins in Auftrag gegebenen Studie zur Zukunftsfähigkeit der Grundschulen im Land. Die Ergebnisse zeigen, dass die Lösungen nicht unmittelbar auf der Hand liegen. In der Studie wurden unter anderem das komplexe Gefüge der verschiedenen Kostenarten (Gebäude, Schülertransport, Lehrpersonal) und der Kostenträger sowie die zu erwartenden Kostenverlagerungen, etwa im Fall von Schulschließungen, aufgezeigt. Dabei konnte nicht nachgewiesen werden, dass kleine Schulen – wie sie im ländlichen Raum üblich sind – zwangsläufig immer teurer sind als große Einheiten. Zudem hat sich gezeigt, dass kleine Schulen auch unter pädagogischen Aspekten nicht in jedem Fall Auslaufmodelle sind.

Im Gegenteil – sie können sich als flexibel gesteuerte und pädagogisch innovative Systeme erweisen. In diesen Fällen kommt allerdings die Abhängigkeit von der Qualität einzelner Lehrpersonen besonders zum Tragen, im positiven wie im negativen Sinne.

In der Entscheidung über den Erhalt von Schulstandorten sind mit Kommune, Landkreis und Land mehrere Ebenen involviert. Dabei divergieren Blickrichtungen und Interessen der Beteiligten stark: Das Land hat das in seiner Zuständigkeit befindliche Lehrpersonal im Blick und ist an Kosteneinsparungen interessiert, Kommunen wiederum kämpfen um jeden Schüler, jeden (neuen) Einwohner und den Erhalt ihrer Dorfschule. Sinkende Schülerzahlen stellen auch die Landkreisverwaltungen vor neue Herausforderungen: Sie müssen die Schulentwicklungsplanung und die Organisation der Schülerverkehre an die veränderten Gegebenheiten anpassen – keine leichte Aufgabe, wenn Personalressourcen begrenzt sind.

Ob und wie es gelingen kann, diese unterschiedlichen Interessen unter einen Hut zu bringen, welche kreativen Konzepte sich Eltern und Lehrer, Länder und Gemeinden einfallen lassen, um die Schule (tatsächlich oder virtuell) im Dorf zu behalten und somit ihre vielfältigen Funktionen für das dörfliche Leben zu bewahren, zeigen die folgenden Beiträge auf.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Jahnke H., Hoffmann, K., 2014: *Die Zukunftsfähigkeit der Grundschulen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins*. Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Flintbek; im Download verfügbar unter kurzlink.de/grundschulstudie

Weishaupt, H., 2006: *Veränderungen im elementaren und sekundären Bildungsbereich durch demographischen Wandel*.

In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem*. Statistik und Wissenschaft, Band 6, Wiesbaden.



KONTAKT:

Torsten Sommer
Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Telefon: 04347 704-803
torsten.sommer@alr-sh.de
www.alr-sh.de

Schließt die Schule, stirbt das Dorf – oder doch nicht?

Sobald in einem Ort die Grundschule geschlossen wird, sehen sich junge Familien nach einem neuen Wohnort um. Die Dörfer schrumpfen und überaltern, so die landläufige Annahme. Eine Studie hat dieses Phänomen am Beispiel Sachsens untersucht – und kam zu überraschenden Ergebnissen. [VON BILAL BARAKAT]

Die Schließung der letzten oder einzigen Grundschule am Ort wird von Gemeinden oft als existenzielle Bedrohung empfunden. Dieses Unbehagen drückt sich nicht zuletzt in der Sprachwahl aus: Da wird von der Schulschließung als „Sargnagel“ für die Überlebensfähigkeit des Dorfes gesprochen; „Der Letzte macht bitte das Licht aus!“ ist eine gängige Redewendung. Diesen Befürchtungen liegt ein scheinbar offensichtlicher Zusammenhang zu Grunde: Sobald in einem Ort die letzte Schule geschlossen wird, ist er für Familien als Wohnort nicht mehr attraktiv. Abwanderung und Überalterung sind die Folge.

Von Mythen und Fakten

Schulen sind ein Symbol für die Autonomie, die Tradition und die Identität eines Dorfes. Doch stirbt ein Dorf ohne eigene Schule tatsächlich aus? Bedenkt man, wie oft diese Befürchtung geäußert wird und wie überzeugt die Betroffenen von diesem Zusammenhang sind, überrascht es, dass es kaum empirische Studien gibt, die solch einen Zusammenhang untersuchen. Die wenigen vorhandenen Studienbeispiele, etwa aus dem angelsächsischen Raum oder Skandinavien, haben keine Belege dafür gefunden, dass Schulschließungen einen Einfluss auf die demografische Entwicklung haben. Das in Wien ansässige Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital hat kürzlich untersucht, ob es Hinweise auf einen solchen Zusammenhang im Bundesland Sachsen gibt.

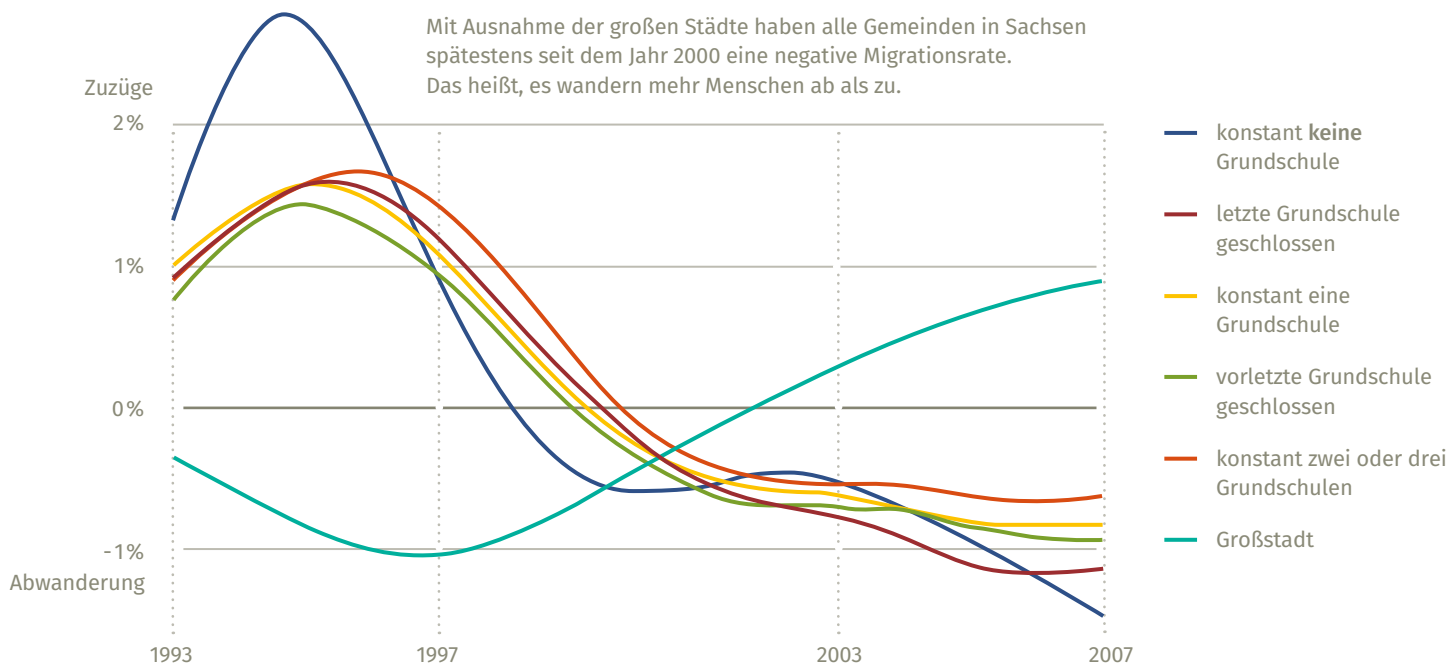
Ein grundlegendes Problem bei dieser Fragestellung ist, dass Schulen unter anderem geschlossen werden, weil ein Rückgang der Bevölkerungszahl erwartet wird. Sinkt die Bevölkerungszahl nach der Schließung also tatsächlich, kann das sowohl Ursache als auch Wirkung sein – das Dorf schrumpft, weil die Schule geschlossen wurde, oder aber die Schule wurde geschlossen, weil das Dorf geschrumpft ist. In der Untersuchung für Sachsen wurde dieses Problem umgangen, indem nicht die Bevölkerungsentwicklung insgesamt, sondern gezielt örtliche Wanderungsbewegungen untersucht wurden. Für diese Wanderungsbewegungen lagen auf Gemeindeebene keine Vorhersagen vor, die die Standortplanung hätten beeinflussen können. Somit können die Wanderungen nur Wirkung, nicht aber Ursache der Schließungen sein.

Kein eindeutiger Zusammenhang erkennbar

Die Bevölkerung Sachsens ist durch die allgemeine Ost-West-Migration in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Die Schülerzahlen in den Grundschulen fielen von 1993 bis 2007 um die Hälfte. Das Bundesland verfügt über sehr genaue Daten zu Schulen und Einwohnerzahlen seiner Gemeinden. Aus diesen geht hervor, dass Schulen bis zum Jahr 2001 tendenziell dann geschlossen wurden, wenn zwei Jahre in Folge weniger als 15 Neuanmeldungen eingegangen waren. Später wurden in Schulnetzplänen neben den aktuellen und prognostizierten Schülerzahlen auch andere Faktoren wie die Ausstattung einer Schule, die Zentralität der Gemeinde und die Schulwegzeiten berücksichtigt.

Der Vergleich von Gemeinden mit einer unterschiedlichen Anzahl an Schulen und Schulschließungen zeigt ein relativ eindeutiges Bild: Gemeinden, in denen die letzte Grundschule geschlossen wurde, haben spätestens seit dem Jahr 2000 eine negative Migrationsrate. Das heißt, es ziehen mehr Menschen weg als zu. Tatsächlich aber ist diese Entwicklung eine landesweite, die von den Schulschließungen weitgehend losgelöst ist. Ganz gleich, ob eine Gemeinde eine, zwei oder drei Schulen hat, und ganz gleich, ob die letzte oder vorletzte Schule der Gemeinde geschlossen wurde: Bis zum Jahrtausendwechsel gab es überall noch eine durchschnittlich positive Migrationsrate. Danach ziehen überall mehr Menschen weg als zu.

An diesem Ergebnis ändert sich auch kaum etwas, wenn verschiedene Zeiträume vor und nach einer Schulschließung untersucht werden: Ziehen einige Bewohner vorzeitig weg, wenn sie von der drohenden Schließung erfahren? Oder zeigt sich der Effekt erst einige Jahre nach der Schließung? Vorweggenommene oder verzögerte Reaktionen auf Schulschließungen bestätigten sich in der Untersuchung nicht. Auch eine getrennte Betrachtung von Zu- und Abwanderung ändert praktisch nichts am Ergebnis: Ein nennenswerter Effekt auf die Abwanderung ließ sich nicht feststellen; auch die Zuzüge in die Gemeinden gingen, wenn überhaupt, nur minimal zurück.



Bevölkerungsverluste haben komplexe Ursachen

Genau betrachtet, ist dieses Ergebnis wenig überraschend. Zwar mag es dem „gesunden Menschenverstand“ entsprechen, dass die Schließung der einzigen Grundschule zu Wanderungsverlusten führt. Doch wissen wir aus der sozialgeografischen Forschung auch, dass Familien mit kleinen Kindern für die Wanderungsbilanz zwischen der Peripherie und den urbanen Zentren generell nur eine untergeordnete Rolle spielen. Vom Land in die Stadt ziehen meist junge Menschen vor der Familiengründung, beispielsweise während ihrer Ausbildung oder kurz danach. Die Familien wiederum ziehen eher aus der Stadt in die Vororte, seltener aber in die Peripherie hinein, wo sie mit schlechteren Arbeitsmöglichkeiten oder weniger Einrichtungen zur Kinderbetreuung konfrontiert sind. Auch im spezifischen regionalen Kontext finden sich mögliche Erklärungen für einen fehlenden Zusammenhang von Grundschulschließungen und Migrationsbewegungen. So ist die Siedlungsdichte in Sachsen relativ hoch: Fast alle Schulen – auch in ländlicheren Gegenden – sind innerhalb von 20 Minuten zu erreichen. Die Grundschulzeit umfasst zudem nur vier Jahre, nach denen die Kinder vermutlich ohnehin zu einer weiterführenden Schule pendeln müssten. Auch besitzen viele Bewohner in ländlichen Gegenden ein Eigenheim, das sie nicht ohne Weiteres verkaufen können. Sie bleiben im Dorf – trotz Schulschließung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nicht die konkreten Schulstandorte für die Schrumpfung im ländlichen Raum entscheidend zu sein scheinen, sondern die „Großwetterlage“: Zieht es in einem bestimmten Zeitraum die Menschen insgesamt raus aufs Land oder doch eher in die Städte?

Können Gemeinden aufatmen?

Für betroffene Gemeinden ist dieser Befund zweischneidig. Einerseits mag es beruhigen, dass eine Schulschließung keineswegs zwingend zum demografischen Niedergang einer Gemeinde beiträgt. Andererseits verlieren Schließungsgegner womöglich ein entscheidendes Argument, um Widerstand gegen eine Schulschließung zu mobilisieren. Ohnehin bedeutet ein fehlender Einfluss auf die Zu- und Abwanderung keineswegs, dass die Furcht vor anderen

möglichen negativen Folgen einer Schulschließung nicht durchaus berechtigt sein kann. Über den Zeitverlust der Schüler und ihrer Familien und deren Sorgen macht diese Studie ebenso wenig Aussagen wie über das örtliche Gemeinschaftsempfinden oder die Qualität der Schulbildung. Sie stellt somit auch keinen „Blankoscheck“ für Schließungen dar.

Nichtsdestotrotz kann man dem Studienergebnis in jedem Fall eine positive Nachricht abgewinnen: Was auch immer die Konsequenzen von Schulschließungen sein mögen, sie folgen offensichtlich keinem Automatismus, sondern sind stark vom Kontext abhängig. Und wenn die Menschen ihre Wohnortentscheidung nicht ausschließlich vom Vorhandensein einer örtlichen Grundschule abhängig machen, muss bei einer Schulschließung auch nicht von vornherein davon ausgegangen werden, dass das Engagement der Menschen für ihre Gemeinde zwangsläufig nachlässt. Das macht Hoffnung auf ein „Leben nach der Schule“.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Barakat, B., 2015. A 'Recipe for Depopulation'? School Closures and Local Population Decline in Saxony. *Population, Space and Place* 21 (8): 735-753.



KONTAKT:

Dr. Bilal Barakat
Wittgenstein Centre for Demography
and Global Human Capital Vienna
Telefon: +43 1 31336-5535
bilal.barakat@oeaw.ac.at
www.wittgensteincentre.org



Ländlich = abgehängt?

Die häufig unzureichende soziale und technische Infrastruktur in ländlichen Räumen legt nahe, dass die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche hier generell schlechter sind als in der Stadt. Doch stimmt das wirklich?

[VON CHRISTINE WIEZOREK]

Die Frage nach der Gleichwertigkeit von Bildungschancen in Stadt und Land lenkt den Blick auf das Phänomen der sogenannten Peripherisierungsdynamiken. Diese äußern sich, wie der Raumsoziologe Karl-Dieter Keim schreibt, in einer „gradueller Schwächung und/oder Abkopplung sozialräumlicher Entwicklungen gegenüber den dominanten Zentralisierungsvorgängen“.

Ein Beispiel für solche Zentralisierungsvorgänge ist die Bündelung wirtschaftlicher Funktionen in großstädtischen Zentren. Prozesse gradueller Schwächung zeigen sich in ländlichen Regionen beispielsweise darin, dass die soziale und technische Infrastruktur als Folge demografischer Wandlungsprozesse und einer fehlenden „kritischen Masse“ zurückgebaut wird. Davon betroffen sind auch Bildungsinstitutionen und damit Kinder und ihre Familien.

Pauschalurteil nicht möglich

Inwiefern das Aufwachsen in ländlichen Regionen aber generell von Benachteiligung geprägt ist, lässt sich nicht pauschal sagen. Vielmehr zeigt sich, dass die Ausgestaltung von Bildungsmöglichkeiten vor Ort von vielen Faktoren abhängt und sehr variabel ist. So hat eine Untersuchung zu Ganztagschulen in ländlichen Räumen ergeben, dass pädagogische und andere kommunalpolitische Interessen vor Ort verhandelt werden: Während beispielsweise eine Gemeinde die Ganztagschulentwicklung mit dem Argument befördert, dass auf diese Weise auch

Familien am Ort gehalten werden können, streitet in einem anderen Fall die Schule mit kommunalen Akteuren darüber, wer als pädagogisches Personal eingesetzt werden darf. Dem kommunalpolitischen Argument, kostengünstig engagierte Personen aus der Gemeinde einzubinden, steht das pädagogische Argument, an einer bestimmten beruflichen Qualifizierung festzuhalten, gegenüber. Wenn ein Schulleiter darauf hinweist, dass er kein Personal habe, „das um die Ecke wohnt“, wird zudem deutlich, dass die Gestaltung von Bildungsmöglichkeiten entscheidend von spezifischen Vorgaben des jeweiligen Bundeslands abhängig ist: Hier werden in Finanzierungsmodellen, die auf Pro-Kopf-Pauschalen beruhen, die durch Ländlichkeit bedingten Besonderheiten wie ein erhöhter Akquis- und Finanzierungsaufwand für den Ganztagsschulbetrieb beispielsweise nicht berücksichtigt.

Auch die Frage, wie lang Schulwege sein dürfen, damit Kinder und Jugendliche noch etwas von ihrer Freizeit haben, kann nicht isoliert betrachtet werden. So muss gleichzeitig abgewogen werden, wie klein eine Schule sein darf.

Sozialraumorientierung als Basis

Die knappen Beispiele zeigen, dass die Diskussion um gleiche Bildungschancen in ländlichen Räumen viele Faktoren, und vor allem die sozialräumlichen Gegebenheiten stärker beachten muss. Eine rechtliche Verankerung der Sozialraumorientierung als Grundlage für die Schulplanung würde den Besonderheiten ländlicher Räume eher Rechnung tragen. Ziel dabei muss es sein, in jedem Fall ein Mindestmaß an günstigen Aufwachsens- und Bildungsbedingungen zu garantieren – so wie es der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule vorgibt.

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Keim, K.D., 2006: *Peripherisierung ländlicher Räume*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37: 3-7.

Wiezorek, C., Stark, S., Dieminger, B., 2011: „Wissen Sie, die Infrastruktur ist einfach nicht so, dass ich aus dem Vollen schöpfen kann“ – *Ganztagschulentwicklung in ländlichen Räumen*. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 3 (14): 109-124.

Dieminger, B., Wiezorek, C. (Hrsg.), 2013: *Ländliche Schulen, dörfliche Sozialräume und ganztägige Bildung*. Berlin, BMBF.



KONTAKT:

Prof. Dr. Christine Wiezorek

Telefon: 0641 99-24080

christine.wiezorek@erziehung.uni-giessen.de

www.uni-giessen.de

Mehr Individualität wagen

Länder, Kommunen und freie Schulträger experimentieren seit Jahren mit verschiedenen Maßnahmen, um junge Lehrer aufs Land zu locken. Ein Plädoyer für mehr Flexibilität im Personalmanagement.

[VON ALEXANDER BIEDERMANN]

Schulträger im ländlichen Raum sind in der verzwickten Lage, um das personelle Überleben ihrer Bildungseinrichtungen kämpfen zu müssen, ohne unmittelbar handlungsfähig zu sein. Denn das Lehrpersonalmanagement wird zentral von den Kultus- und Schulaufsichtsbehörden der Länder verantwortet. Und die haben in Zeiten des allgemeinen Lehrermangels genug damit zu tun, überhaupt ausreichend Bewerber zu akquirieren. Der steigende Bedarf durch den Wunsch nach Inklusion und die Integration Asylsuchender lassen die zunehmende Stadt-Land-Disparität zu einem Problem unter vielen werden.

Attraktive Pakete schnüren

Dabei zeigen die Bundesländer seit Langem, dass die „Geht-nicht-Mentalität“ im Personalmanagement im Grunde nur auf hausgemachter Inflexibilität beruht. Ob Begrüßungsgeld oder Landprämien, Einstieg in höhere Erfahrungsstufen oder Sabbatjahrregelungen – die Klaviatur der Möglichkeiten, die Tarif- und Besoldungsgesetze bieten, ist groß. Studien der Universität Leipzig lassen zudem darauf schließen, dass transparente und bewerberfreundliche Auswahlverfahren ähnlich starke Effekte haben wie monetäre Anreize. Statt zentraler Einstellungsrounds für Lehrer sollte über schulspezifische Ausschreibungen von Lehrstellen nachgedacht werden, insbesondere wenn eine Kommune mit sehr gut ausgestatteten Schulen und Kinderbetreuung werben kann. Die Zielgruppe ist oft weiblich, kurz vor oder in der Phase der Familiengründung und ein Teil der sogenannten Generation Y. Für sie ist es attraktiver, sich an einer konkreten Schule mit klaren Parametern zu bewerben, als darauf zu warten, wie jeder andere Aspirant in einem 200-Kilometer-Radius verschickt zu werden.

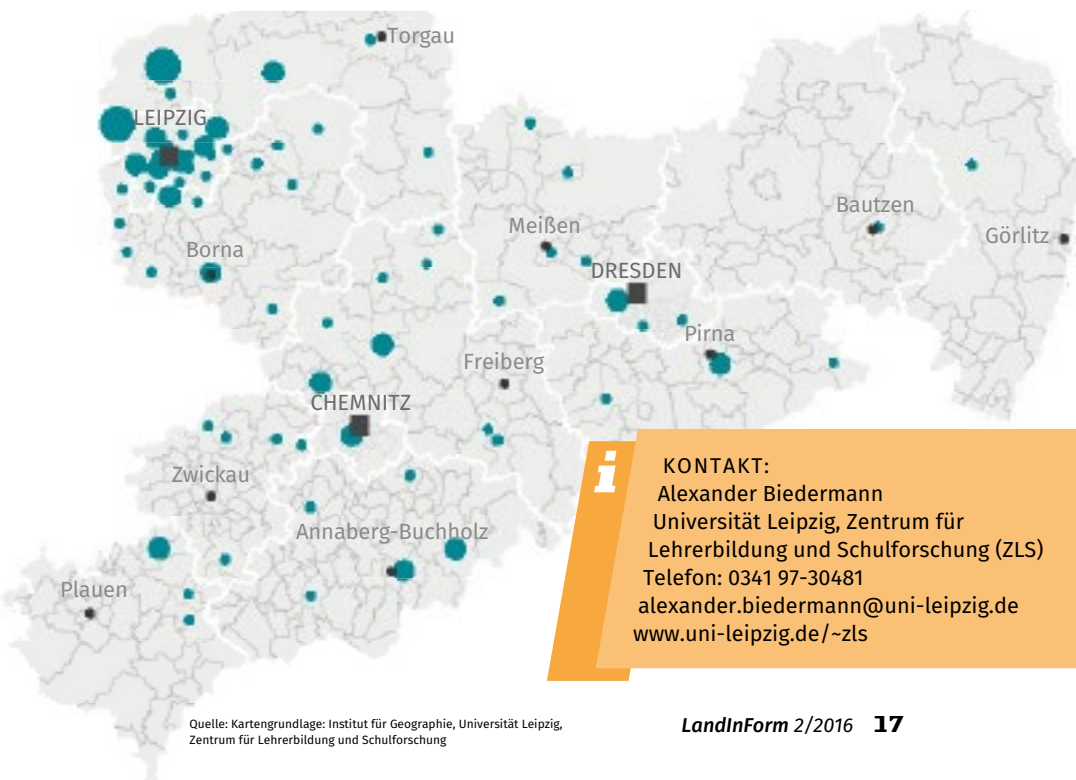
Nirgends ist das Studierendenpublikum so lokal ausgeprägt wie in den Lehramtsstudiengängen. Gute Voraussetzungen eigentlich, um die Absolventen nach dem Studienabschluss „zurück in ihr Dorf“ zu schicken. Doch mit jedem Studienjahr sinkt die Lust der angehenden Lehrer, die Universitätsstadt wieder zu verlassen. Das Bundesland Sachsen hat sich eine pfiffige Art der Förderung einfallen lassen: Die Stipendiaten erhalten monatlich 300 Euro Büchergeld und verpflichten sich im Gegenzug, nach ihrem Abschluss in einer vorher vereinbarten ländlichen Region zu arbeiten. Genau in den zwei bis vier Jahren also, in denen sie mit großer Wahrscheinlichkeit eine Familie gründen und sesshaft werden. Begleitet durch eine gute ideelle Förderung und eine professionelle Marketingkampagne, war das Förderangebot so attraktiv, dass man sich vor Bewerbern kaum retten konnte.

Kreative Lösungen zulassen

Der entscheidende Schlag gegen die Landflucht von jungen Lehrern wird aber auch damit nicht gelingen. Die Schulen werden sich auch unpopulären Maßnahmen öffnen müssen: Die Einstellung von Seiteneinsteigern, jahrgangsübergreifender Unterricht, Outplacement von Fächern an freie Träger – all diese Möglichkeiten müssen in Erwägung gezogen werden. Welche Grenze sich die staatlichen Bildungsträger auch immer setzen, sie müssen sich von Denkverboten emanzipieren. Denn wenn nicht sein kann, was nicht sein darf, müssen Schulleitungen immer wieder aus der Not heraus agieren. Ein vorgreifendes und strategisches Personalentwicklungskonzept für Lehrer hingegen macht alle Akteure fit für den demografischen Wandel.

Absolute Verteilung der Lehramtsanwärter

mit qualifizierendem Abschluss der Universität Leipzig im zwölfmonatigem Vorbereitungsdienst vom 1. Februar 2012 bis 1. Februar 2013



i

KONTAKT:
Alexander Biedermann
Universität Leipzig, Zentrum für
Lehrerbildung und Schulforschung (ZLS)
Telefon: 0341 97-30481
alexander.biedermann@uni-leipzig.de
www.uni-leipzig.de/~zls

Schule weiter denken

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, Schulstandorte auch in entlegenen Gebieten zu erhalten – wenn man bereit ist, Handlungsspielräume zu nutzen. [VON HOLGER JAHNKE]



1 Die Kleine Grundschule Großwudicke in Brandenburg bindet auch Eltern und Angehörige in den Unterricht ein, hier sanieren Groß und Klein gemeinsam das Insektenhotel der Schule.

2 Eine Schulaufführung zur Einschulung der Erstklässler

Seit dem Mittelalter hat es in Deutschland unterschiedliche Phasen von Schulgründungen, aber auch von Schulschließungen oder -zusammenlegungen gegeben. Oftmals wurden sie durch bildungspolitische Leitbilder beeinflusst. So galten die Kleinschulen auf dem Land in den modernistischen 1960er- bis 1980er-Jahren als „rückständige Dorfschulen“ und wurden häufig durch moderne Schul- oder Bildungszentren ersetzt. In den vergangenen Jahren haben Kleinschulen hingegen eine gestiegene öffentliche Anerkennung erfahren. Diese manifestiert sich unter anderem in den vielen lokalen Eltern- und Anwohnerprotesten gegen drohende Schulschließungen auf dem Land.

Hinter Schulschließungen stehen vor allem aber auch demografisch bedingte Veränderungen der Schülerzahlen. Gerade in den ländlichen Räumen gibt es hier enorme Schwankungen. So haben die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Ankunft von Flüchtlingen aus

den ehemaligen Ostgebieten in vielen Landkreisen Norddeutschlands zu einem massiven Anstieg der Schülerzahlen geführt, wohingegen sich nach der Wiedervereinigung die Anzahl der Kinder im Grundschulalter in den ostdeutschen Bundesländern im Durchschnitt etwa halbiert hat. Aktuell gehen die Schülerzahlen in vielen ländlichen Regionen weiterhin kontinuierlich zurück, so dass nun auch in den westdeutschen Bundesländern in zahlreichen Gemeinden die Schließung der Dorfschule droht. Wenn wie in Nordrhein-Westfalen oder in Schleswig-Holstein zudem die Schulbezirke aufgehoben werden und damit die Eltern die Schule für ihre Kinder frei wählen können, kann dies den demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen gerade an schrumpfenden Standorten zusätzlich beschleunigen.

Mindestschülerzahl gibt den Ausschlag
Schließungen öffentlicher Schulen erfolgen in aller Regel auf Grundlage

von gesetzlich festgelegten Mindestschülerzahlen, die entweder im Schulgesetz oder durch entsprechende Verordnungen festgelegt sind – und sich aufgrund einer faktischen Unterversorgung mit Lehrerstunden ergeben. Diese Mindestschülerzahlen können sich auf Gesamtschülerzahlen pro Schule oder auf Klassengrößen beziehen und zwischen den Bundesländern stark variieren. Auf dieser Grundlage wurden in den vergangenen Jahren deutschlandweit zahlreiche kleine Schulstandorte insbesondere in den ländlichen Räumen geschlossen. Gleichzeitig finden sich in vielen Schulgesetzen oder den zugehörigen Verordnungen Ausnahmeregelungen, die mit Verweis auf die Zumutbarkeit der Schulwege, die raumstrukturelle Bedeutung des Schulstandorts oder allgemeine Ausnahme- oder Experimentierklauseln den Fortbestand eines Schulstandorts auch nach Unterschreitung der Mindestschülerzahlen ermöglichen.

Vielfältige Kooperationsmöglichkeiten

Um auch in peripheren Lagen kleinere Schulstandorte aufrechtzuerhalten, wurden unterschiedliche Lösungsmodelle entwickelt. Weit verbreitet sind organisatorische Verbindungen von zwei oder mehr Schulen, die als administrative Einheit mit verschiedenen Standorten weitergeführt werden. In der Regel sind diese Modelle hierarchisch organisiert, also mit Haupt- und Außenstellen. Alternativ sind aber auch Netzschulen als Zusammenschluss gleichrangiger Standorte denkbar, an denen von einem gemeinsamen zentralen Lehrerkollegium unterrichtet wird. Dies erfordert eine erhöhte Mobilitätsbereitschaft der Lehrkräfte; unter bestimmten Bedingungen können aber auch die Schüler das Angebot der dezentralen Standorte für bestimmte Fächer oder Projekte nutzen.

Ähnliche Synergien lassen sich auch durch Kooperationen mit anderen ortsansässigen Bildungsinstitutionen erreichen. Durch die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur oder personellen Ressourcen lässt sich so die ökonomische Rentabilität erhöhen und zugleich das pädagogische Angebot erweitern. Beispiele hierfür sind Zusammenschlüsse von Grundschulen mit vorschulischen Einrichtungen als „Primarhäuser“ (siehe Seiten 20 und 21) oder kooperative Zusammenschlüsse unterschiedlicher Bildungseinrichtungen als „Bildungscampus“, „Lerncampus“ oder „lokale Bildungslandschaft“. Auch mit diesen Modellen können durch gemeinsame Ressourcennutzung flexiblere, vor allem aber vielfältigere und attraktivere Bildungsangebote für die gesamte Bevölkerung geschaffen werden.

Freie Träger haben größere Handlungsspielräume

Als weitere Praxis, eine drohende Schulschließung zu umgehen, hat sich der Wechsel der Schulträger-

schaft etabliert. Da unterfinanzierte öffentliche Schulträger kaum Möglichkeiten haben, zusätzliches Lehrpersonal einzustellen, werden immer mehr Standorte von freien Schulträgern weitergeführt. Im ländlichen Raum handelt es sich meist um kirchliche Träger, private Träger mit spezifischen pädagogischen Profilen wie Waldorfschulen oder vereinzelt gewinnorientierte Bildungsunternehmen, die im Einvernehmen mit der Gemeinde einen geschlossenen Standort übernehmen. Denn Schulen in freier Trägerschaft sind weder an Mindestschülerzahlen noch an Schulbezirke gebunden. In Einzelfällen können schrumpfende Standorte sogar zu neuem Leben erweckt werden. Einige nordeuropäische Länder haben ihre allgemeinbildenden Schulen gänzlich kommunalisiert, sodass nicht nur die sogenannten äußeren Schulangelegenheiten, wie der Gebäudebetrieb, sondern auch die inneren Schulangelegenheiten, also etwa die Personalverantwortung für die Lehrkräfte, ganz auf die Kommunen übertragen wurden. Diese Form der Kommunalisierung birgt jedoch die Gefahr, dass sich das öffentliche Bildungsangebot räumlich stark ausdifferenziert. Zudem lässt sich beispielsweise in Schweden die Ausbreitung privater Schulanbieter beobachten, die diese kommunale Aufgabe nun übernehmen.

Schulen als Integrationszentren

Jenseits dieser eher administrativen Lösungen hat sich im Bereich von Kleinschulen ein breites und unüberschaubares Spektrum pädagogischer Entwicklungen ergeben, die sowohl im ländlichen Raum als auch in städtischen Kontexten vorzufinden sind. Hierzu zählt vor allem der jahrgangsübergreifende Unterricht, aber auch die Erprobung von Lehr- und Lernmodellen in der Arbeit mit heterogenen Lerngruppen. Dies betrifft sowohl die Inklusion von zuvor separat beschulten Kindern und Jugendlichen als auch die Integration

neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher. Viele Gemeinden, die von rückläufigen Schülerzahlen betroffen sind, versuchen inzwischen sogar durch das gezielte Werben um neu zugewanderte Kinder und Jugendliche den Fortbestand ihres Schulstandorts zu sichern. Dabei ist offensichtlich, dass eine solche rein statistisch motivierte Vorgehensweise keine längerfristige Perspektive schafft, wenn die Schule und die Einwohner der entsprechenden Gemeinde sich nicht auf den Weg zu einer tatsächlich welt-offenen Dorfgemeinschaft machen. In dem hierfür notwendigen Integrationsprozess kann die Schule selbst eine zentrale Rolle einnehmen. Damit könnte sich das von Schulschließungsgegnern so häufig zitierte Credo „Mit der Schule stirbt das Dorf!“ dann in seiner Umkehrung beweisen: „Mit der Schule lebt das Dorf!“

SERVICE:

Zum Weiterlesen:

Jahnke H., Hoffmann, K., 2014:
Die Zukunftsfähigkeit der Grundschulen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins. Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Flintbek;
im Download verfügbar:
kurzlink.de/grundschulstudie



KONTAKT:
Prof. Dr. Holger Jahnke
Europa-Universität Flensburg
Telefon: 0461 8052336
holger.jahnke@uni-flensburg.de
www.uni-flensburg.de/geographie

Keine Angst vor unkonventionellen Konzepten

Sollen Dorfschulen erhalten bleiben, müssen neue Konzepte wie jahrgangsübergreifendes Lernen oder mobiler Unterricht her. In Schleswig-Holstein gibt es dafür Fördergelder. [VON ANKE ERDMANN]

Sobald sich die Pforte zum Freigelände öffnet, zeigt sich ein Getümmel von Kindern unterschiedlicher Altersklassen: Der Dreijährige wird von einer Achtjährigen auf die Rutsche begleitet, ein Viertklässler hat im Sandkastenrand einen ganz Kleinen auf dem Schoß. Sonntag? Ferien? Nein! Große Pause auf dem Schulhof in Morsum. In dem Sylter Dorf waren die Schülerzahlen über Jahre gesunken. Aufgeben wollte man den Standort jedoch nicht. Gemeinsam mit der engagierten Schulleiterin wurde das Primarhaus-Modell entwickelt und im Sommer 2011 umgesetzt: Aus Kita und Grundschulteil wurde ein einziger Lernort. Mit Unterstützung einer Tagesmutter konnten dort auch ganz Kleine aufgenommen werden.

Leider gibt es diesen Schulhof und auch das Primarhaus nicht mehr. Die Stammschule in Westerland, zu der die Morsumer Schule als Außenstelle zählte, hat die Schließung beschlossen, weil sie die Kosten nicht mehr tragen konnte. Dennoch ist das Primarhaus-Modell richtungsweisend, denn in Morsum ging das jahrgangsübergreifende Konzept vieler anderer Grundschulen noch über die Schulkinder hinaus. Wollte ein Kita-Kind schon mal Schulluft schnuppern – kein Problem. Lernte ein Schulkind besonders langsam oder besonders schnell – auch das war keine Hürde. Schließlich war ein gleitender und flexibler Übergang von einer Stufe in die nächste selbstverständliche Praxis. Individuelles Lernen statt Stichtag-Regel, das ist auch für viele Eltern ein Traum.

Keine Unterschiede in der Leistung

Das jahrgangsübergreifende Konzept kann ein Schlüssel für individuelleren Unterricht sein, vor allem auch für die Schulen im ländlichen Raum. So verliert in Schleswig-Holstein eine Schule in der Regel die Eigenständigkeit, wenn sie von weniger als 80 Kindern besucht wird, das sind umgerechnet vier Klassen. Lehrerstunden werden pro Schüler zugewiesen und nicht pro Klasse. Wer jahrgangsübergreifend unterrichtet, braucht weniger Lerngruppen und kann darum den Unterricht an einem Standort länger aufrechterhalten.

Viele Menschen wollen ihre Schule im Dorf behalten und haben festgestellt, dass auch ein Unterricht mit nur zwei Lerngruppen gut funktioniert. Es gibt sogar noch kleinere Schulen, etwa die Freie Montessori-Schule in Streley bei Ratzeburg, die mit einer einzigen Lehrerin für 32 Kinder auskommt. Das geht aber nur bei jahrgangsübergreifendem Unterricht. Welche Jahrgangsstufen gemeinsam unterrichtet werden, spielt dabei keine Rolle. Alle Modelle funktionieren – egal, ob in einer Lerngruppe zwei, drei oder alle vier Klassenstufen zu finden sind.

Bei Eltern stößt das Konzept des jahrgangsübergreifenden Unterrichts oft noch auf Vorbehalte. Sie fühlen sich an die alte Dorfschule erinnert und müssen erst einmal überzeugt werden, dass ihre Kinder auch ausreichend Förderung erhalten. Dabei haben die Vergleichsarbeiten, die in der dritten Klasse durchgeführt werden, gezeigt: Es gibt keine negativen Auswirkungen auf die Leistungen, oft schneiden Schulen mit jahrgangsübergreifenden Konzepten sogar besser ab.

Nicht die Größe zählt, sondern die Qualität des Unterrichts

In Schleswig-Holstein gab es – angestoßen von Eltern und Bürgermeistern – Diskussionen bis in den Bildungsausschuss des Landtags hinein, inwieweit kleine Grundschulen guten Unterricht anbieten können: ob es beispielsweise ausreichend Fachlehrkräfte gäbe oder der Unterricht auch bei Ausfällen durch Krankheit gesichert wäre. Die Landesregierung hat deshalb eine Studie in Auftrag gegeben und zu mehreren Diskussionsrunden eingeladen. Deutlich wurde dabei, dass es keinen Automatismus zwischen Größe und Qualität gibt – in keine Richtung.

Der Ländervergleich 2011 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hat gezeigt, dass Fachlehrkräfte auch in der Grundschule wichtig für den Lernerfolg sind. Kleine Kollegien müssen also entsprechende

In gemischten Altersgruppen und offenen Unterrichtsphasen erleben Kinder neue soziale Lernbedingungen: In der Kleinen Grundschule Großwudicke in Brandenburg gehören pädagogische Konzepte wie diese zum Schulalltag.



Lücken identifizieren und bei Bedarf gegensteuern, etwa in Kooperation mit der größeren Stammschule. Dabei sind E-Learning-Konzepte eine Möglichkeit, wie sie die Hallig-Schulen etwa beim Englischunterricht vom Festland aus schon einsetzen (siehe Seiten 22 und 23). Denkbar wären aber auch Gastlehrkräfte, die an verschiedene Schulen gehen, oder Fachbusse, etwa für Naturwissenschaften, über die die Kinder vielleicht alle zwei, drei Wochen an einem intensiven Blocktag Unterricht erhalten.

Mitunter werden an kleinen Dorfschulen aber auch „kompetente Dritte“ in den Musik-, Religions- oder Englischunterricht eingebunden. Oder man stellt eine pädagogische Assistenz für die regulären Lehrkräfte ein, wie es die Schule in Schafstedt im Landkreis Dithmarschen gemacht hat. Eine solche Assistenz hilft auch in Notfällen, wenn beispielsweise eine Klasse im Krankheitsfall der Lehrkraft betreut werden muss. Viele Kommunen wollen die Schule im Dorf lassen und sind bereit, dafür auch Geld in die Hand zu nehmen.

In Schleswig-Holstein haben wir mittlerweile den Europäischen Fonds für den ländlichen Raum (ELER) auch für die Finanzierung von Kitas und Schulen geöffnet. Schulstandorte, die ihr pädagogisches Konzept ändern wollen, um die Unterrichtsqualität auch bei sinkenden Schülerzahlen und kleinem Kollegium zu sichern, können Unterstützung für Fortbildungen, Konzeptentwicklungen oder Prozessbegleitung bekommen. Dies ist aus den Aktiv-Region-Mitteln möglich. Die 22 Aktiv-Regionen in Schleswig-Holstein, die nach dem LEADER-Ansatz arbeiten, haben im aktuellen Förderzeitraum je gut 2,8 Millionen Euro zur Verfügung. Aber auch Umbauten, etwa durch eine Verbindung von Kita und Schule oder die Einbeziehung von Volkshochschulen und anderen Bildungsanbietern können aus dem neuen Landesprogramm Ländlicher Raum (RPLR) unter der Maßnahme „Basisdienstleistungen Bildung“ gefördert werden.

Keine „One-size-fits-all“-Lösung

Die Konkurrenz um einzelne Schüler ist in Schleswig-Holstein oftmals groß, wenn man den Schulstandort sichern will – es besteht eine freie Grundschulwahl. Der Wettbewerb bietet aber gleichzeitig auch Chancen. So können die Schulen Eltern durch bestimmte Profile für sich überzeugen, etwa durch das Angebot von Ganztagsbetreuung oder Inklusionsklassen. Es geht aber auch ganz anders: So wird in

Süderbrarup bei Schleswig ein Schulneubau geplant, der viele kleine Standorte ersetzt. Vor Ort hat man sich entschieden, die Kräfte zu bündeln und dadurch Planungssicherheit zu schaffen. Dies ist nicht nur eine strukturelle Entscheidung, sondern ermöglicht beispielsweise auch übergreifende pädagogische Konzepte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Modelle zum Erhalt der Dorfschulstandorte vielfältig sind. Das Engagement vor Ort, die eigenen Wege, die viele Dörfer und Schulen gehen, haben gezeigt: Es gibt keine „One-size-fits-all“-Lösung. Darum hat Schleswig-Holstein beispielsweise die Mindestgrößenverordnung flexibilisiert – eine bestimmte Schülerzahl, bei deren Unterschreitung die Schulschließung automatisch erfolgt, gibt es nicht mehr. Zudem haben wir eine Experimentierklausel für kleine Grundschulstandorte im Schulgesetz verankert. Die betreffenden Schulen können auf Antrag neue Modelle ausprobieren und, sofern diese vom Bildungsministerium genehmigt werden, bestimmte Vorschriften ignorieren. Zusammen mit den EU-Strukturfondsmitteln können sich hier Perspektiven ergeben.

Eine letzte Änderung sei noch erwähnt: Bislang konnten und mussten Schulleitungen einer Stammschule entscheiden, ob eine Außenstelle geschlossen wird. Ohne Einbeziehung der Schulträger vor Ort geht das inzwischen nicht mehr. Mit dieser neuen Regelung würde das Primarhaus in Morsum vielleicht noch existieren.



KONTAKT:
Anke Erdmann MdL
Bildungsausschuss im
Landtag Schleswig-Holstein
Telefon: 0431 988-1145
anke.erdmann@gruene.ltsh.de
www.anke-erdmann.de

In weiter Ferne, ganz nah

Dank modernster Videotechnik können die Schüler der ostfriesischen Inselschulen in Echtzeit am Gymnasialunterricht auf dem Festland teilnehmen. Das ermöglicht ihnen, bis zur zehnten Klasse bei ihren Familien zu bleiben und sich später schneller in der Oberstufe zurechtzufinden. [VON BARBARA GLITTENBERG]

Lehrerin Eva Rinne steht an der Tafel und erklärt eine physikalische Formel. Allerdings ist der Klassenraum des Niedersächsischen Internatsgymnasium Esens vollkommen leer. Ihre Schüler beteiligen sich von der rund 70 Kilometer entfernten Inselschule Borkum aus am Unterricht – per Videokonferenzanlage. Auf diese ungewöhnliche Weise werden seit Januar 2013 Schüler im gymnasialen Zweig der Inselschule Borkum in den Fächern Physik, Chemie und vorübergehend auch in Französisch unterrichtet. Vor Ort werden sie von einem Lehrer ihrer Inselschule betreut, der nicht über die notwendige Lehrbefähigung verfügt. Er sorgt für den nötigen Ordnungsrahmen, verteilt Arbeitsblätter, die er vorab von seiner Kollegin aus Esens per E-Mail zugeschickt bekommen hat, oder gibt den Schülern Hilfestellung bei der Bearbeitung der Aufgaben. Zudem beaufsichtigt er die Klassenarbeiten und schickt sie per Post an die Kollegin nach Esens, die sie benotet und dann wieder zurück an die Inselschule sendet.

Die Inselschulen nicht weiter ausdünnen

Die ostfriesischen Inseln Baltrum, Borkum, Juist, Norderney, Langeoog, Spiekeroog und Wangerooge vereinen häufig mehrere Schulformen unter einem Dach. Aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Schülerzahlen – zwischen knapp 50 Schülern auf Baltrum und 450 auf Norderney – können sie aber keine eigene gymnasiale Oberstufe anbieten; unterrichtet werden die Schüler damit maximal bis zum Abschluss der zehnten Klasse (Sekundarstufe I). Das Niedersächsische Internatsgymnasium Esens (NIGE) bietet ihnen seit seiner Gründung im Jahr 1966 die Möglichkeit, das Abitur abzulegen. In der Regel wohnen die Jugendlichen dann im Internat auf dem Festland und besuchen gemeinsam mit den Essenser Jugendlichen den Unterricht der Oberstufe. Einige Schüler wollen bereits während der Sekundarstufe I auf das Festland wechseln, beispielsweise weil bestimmte Fächer, wie etwa Latein, an ihrer Schule nicht angeboten werden. Dies dünnt die Schülerzahlen an den Inselschulen weiter aus. Durch die Einführung

des Videokonferenzsystems ist es nun möglich, dass die Schüler bis zur zehnten Klasse auch in diesen Fächern unterrichtet werden und damit erst später – nach erfolgreichem Abschluss der Sekundarstufe I – in die gymnasiale Oberstufe aufs Festland wechseln. Ein weiterer Vorteil ist, dass sie durch den Fernunterricht bereits mit der Arbeitsweise am Gymnasium vertraut gemacht werden.

Der technische Fortschritt macht's möglich

Möglich wird der moderne Fernunterricht durch den Einsatz hochwertiger Videokonferenzanlagen, die sowohl Bild als auch Ton in hervorragender Qualität synchron übertragen. Die Anlagen bestehen aus einem Monitor, einer schwenkbaren Kamera, die Bilder in hochauflösender Qualität liefert, einem qualitativ ebenso hochwertigen Lautsprecher sowie einem Mikrofon, das je nach Bedarf an verschiedenen Stellen im Raum aufgestellt werden kann. Das Mikrofon überträgt selbst Flüstergeräusche und Papierrascheln. Bereits nach kurzer Zeit entsteht so das Gefühl, mit allen beteiligten Gesprächspartnern in einem Raum oder – bei geschickter Kameraeinstellung – sogar an einem Tisch zu sitzen. Das komplette System ist mobil und kann in verschiedenen Räumen genutzt werden, sofern die nötige digitale Infrastruktur vorhanden ist. Einmal installiert, ist es einfach zu handhaben und arbeitet zuverlässig.

Videobasiertes System macht das Rennen

In der Vergangenheit wurden am NIGE bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um interessierte – und geeignete – Schüler auf die Arbeitsweise und Themen am Gymnasium vorzubereiten. So wurden bei Bedarf Gymnasiallehrkräfte für bestimmte Unterrichtseinheiten und einen begrenzten Zeitraum an eine Inselschule abgeordnet. Stoffpläne wurden ausgetauscht, Hospitationen ermöglicht, gemeinsame Fachkonferenzen durchgeführt und Vergleichsarbeiten in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik geschrieben. Auch wurde erwo-gen, computergestützte Unterrichtselemente



auf einer E-Learning-Plattform zu entwickeln, die den Inselschulen beziehungsweise einzelnen Schülern einen zeitlich flexiblen Zugriff auf Arbeitsblätter und Unterrichtsmaterialien ermöglichen. Der überwiegende Teil dieser Maßnahmen erwies sich in der Praxis aufgrund des hohen zeitlichen oder finanziellen Aufwands aber als ungeeignet. Nach sorgfältiger Prüfung fiel die Wahl auf das videobasierte System, das eine Teilnahme am Unterricht in Echtzeit ermöglicht. In Abstimmung mit den Kollegen der Inselschulen entwickelte das NIGE im Sommer 2012 hierfür ein maßgeschneidertes Konzept.

Zahlreiche Vorteile für alle Beteiligten

Mit Hilfe des neuen Videokonferenzsystems können die Schüler gezielt auf die gymnasiale Oberstufe vorbereitet werden, was ihnen den späteren Übergang erleichtert. Doch nicht nur das: Auch die Eltern der Internatsschüler nehmen das Angebot, per Videoschaltung an Konferenzen, Elternsprechtagen oder als gewählte Vertreter an Schulelternratsversammlungen teilzunehmen, gerne wahr. Sie ersparen sich dadurch eine zeit- und kosten- aufwendige Anreise von der Insel nach Esens, die aufgrund tideabhängiger Fahrzeiten oft mit einer Übernachtung verbunden wäre.

Lehrkräfte und Schulleitungen kommen ergänzend zu den persönlichen Treffen inzwischen regelmäßig per Videoschaltung zu gemeinsamen Fortbildungen, Vorträgen, Dienstbesprechungen und Konferenzen zusammen und sparen damit sowohl Zeit als auch Reisekosten. Auch zwischen den Inselschulen werden die technischen Möglichkeiten für verschiedene Projekte in unterschiedlichen Klassenstufen und Fächern genutzt; am Ende steht mitunter auch eine reale Begegnung auf einer der Inseln.

Von Niedersachsen in die weite Welt

Das ursprünglich bis Juni 2015 ausgelegte Modellprojekt konnte zum Schuljahr 2015/2016 nach erfolgreich verlaufener Projektphase in den Regelbetrieb überführt werden. Die Kosten für die Anschubfinanzierung in Höhe von 200 000 Euro übernahm das niedersächsische Kultusministerium; umgesetzt wurde das Projekt mit Hilfe des Vereins n-21. Diese Initiative des Landes Niedersachsen hat zum Ziel, durch Einwerben von Sponsorengeldern den Einsatz neuer Medien in den Schulen zu fördern.

Für die Schüler bedeutet die Technik mittlerweile weit- aus mehr als eine Verbindung zwischen Festland und Insel. In den vergangenen drei Jahren wurden in mehreren Lerngruppen unterschiedlicher Jahrgänge unzählige Projekte durchgeführt, die den NIGE-Schülern den virtuellen Kontakt mit Jugendlichen fremder Länder und Kontinente ermöglicht haben. Unschätzbar sind die dabei gewonnenen interkulturellen Eindrücke und die Erkenntnis, dass sich die Interessen der Jugendlichen in den verschiedenen Teilen der Welt durchaus sehr ähnlich sind, auch wenn sich die äußeren Bedingungen und Gegebenheiten sehr unterscheiden.

- 1 Ein Videokonferenzsystem überträgt den Physikunterricht von Lehrerin Eva Rinne in Esens in den Klassenraum der achten Jahrgangsstufe auf der Insel Borkum.
- 2 Unterrichtsexkursionen ans andere Ende der Welt: Den Esenser Schülern ist eine Museumspädagogin in der australischen National Portrait Gallery Canberra zugeschaltet.
- 3 Vernetzung: Eltern auf den Inseln können per Videozuschtaltung an der Elternratsversammlung auf dem Festland in Esens teilnehmen.



KONTAKT:
Barbara Glittenberg
Niedersächsisches Internatsgymnasium Esens
Telefon: 04971 913-0
barbara.glittenberg@nige.de
www.nige.de
www.sdln.de

„Mit dem Schließen von Grundschulen wird Dörfern jegliche Zukunft genommen“

Ein Statement von Katja Sang



Katja Sang (mit Kind) beim Besuch der hessischen Landtagsabgeordneten Lisa Gnadl in der Grundschule Ulfa mit Schulleiterin Gesine Haus, den Mitgliedern des Schulfördervereins Monika Schneider und Petra Graf sowie dem ehemaligen Ortsvorsteher Ottmar Weber (von links nach rechts).

Katja Sang ist Vorsitzende des Fördervereins Grundschule Ulfa und Sprecherin des 2009 gegründeten „Netzwerks kleiner Grundschulen“ – ein Bündnis von Elterninitiativen im hessischen Wetteraukreis, das sich für den Erhalt der örtlichen Dorf-Grundschulen einsetzt. www.grundschule-ulfa.de

Im Jahr 2009 mussten wir erstmalig erleben, dass unsere Grundschule Ulfa akut von der Schließung bedroht war. Seither haben wir – Eltern, Schulförderverein, Vereine und Dorfbewohner – uns mehrfach in einem Schulrettungskampf befunden; bisher waren die Rettungsaktionen erfolgreich. Schule und Dorf sind in Ulfa eng miteinander verknüpft, es besteht eine große Identifikation. Dadurch ist das Elternengagement und das der Dorfbewohner wie auch der Lehrer überdurchschnittlich hoch: Die Schulleiterin ist bei Vereinsjubiläen und Festen dabei, teilweise beteiligen sich Schulkinder, wie die Flötengruppe, an Festprogrammen. Die Dorfbewohner und Vereine gestalten außerdem praktische Unterrichtseinheiten: Die Landfrauen backen beispielsweise den ortstypischen „Zwiwwelplatz“

mit den Kindern und der Ortsvorsteher erklärt ihnen die Hausnamen und die Geschichte Ulfas.

Kleine Schule und gutes Lernen

In unserer Schule mit derzeit 37 Schülern gibt es gute Lernbedingungen. Wir arbeiten jahrgangsübergreifend, das bedeutet die Klassen 1 und 2 sowie die Klassen 3 und 4 werden jeweils gemeinsam unterrichtet. Das fördert die Sozialkompetenz der Kinder und sie können gemäß ihrem Lernniveau individuell unterstützt werden. In der Schule kennt jeder jeden, es herrscht eine persönliche Atmosphäre. Jede Vertretungsstunde wird fachlich durch das drei Lehrer umfassende Stammkollegium oder Vertretungskräfte vertreten. Die Ergebnisse der Schulinspektionen spiegeln die sehr gute pädagogische Arbeit wider. Durch Elternengagement haben wir außerdem eine Schülerbetreuung, die die Kinder nach Bedarf auch ganztags betreut.

Schul-Außenstellen: schwere Qualitätsverluste

Der hessische Schulentwicklungsplan sieht vor, kleine, bisher eigenständige Grundschulen wie die unsere, mittelfristig als Außenstelle in eine Verbundschule zu integrieren. Verbundschulen haben bei zwei oder mehr Beschulungsstandorten nur eine Schulleitung und einen Verwaltungsstandort. Das pädagogische Konzept der jahrgangsübergreifenden Klassen könnte nicht beibehalten werden, individuelle Stärken und Schwerpunkte der Grundschulen im Verbund würden vereinheitlicht. Der Handlungsspielraum vor Ort

würde für unsere Schule eingeschränkt, wenn die Leitung aus der Ferne agiert. Durch ein vergrößertes Kollegium und eine ferne Schulleitung wüssten Lehrer nicht mehr, was die anderen Klassen inhaltlich machen und könnten so bei Vertretungsunterricht thematisch nicht anknüpfen. Auch die persönliche Atmosphäre würde verloren, denn Lehrer der Verbundschule kennen nicht alle Kinder. Die Identifikation der Schüler, Eltern, Lehrer und Dorfbewohner mit der Schulleitung wäre nicht mehr gegeben. Nicht zuletzt wird die Organisation erschwert: Absprachen des Kollegiums, der Eltern und des Fördervereins müssten über die standortferne Schulleitung und den Verwaltungssitz des Schulverbundes laufen. Eine qualitativ gute, dauerhafte Leitung von zwei oder mehreren Schulen wäre aus unserer Sicht für die Verbundschulleitung zeitlich nicht leistbar, da der Schulleiter selbst zusätzlich seiner Unterrichtsverpflichtung nachkommen muss. Alle Schulen der Region, die bislang zu Außenstellen wurden, wurden im Übrigen früher oder später geschlossen.

Wir erwarten deshalb von unseren Landes- und Bundespolitikern, dass sie die ländlichen Gebiete stärken und durch das Schließen von Grundschulen nicht weiter schwächen. Sonst wird Dörfern jegliche Zukunft genommen und attraktive Lebensräume im Dorf verkommen zu reinen Schlaf- und Seniorenstätten. ■■■■

„Die Unterrichtsqualität darf nicht leiden“

Ein Statement von Ralf Hörnig

Ralf Hörnig ist Ministerialrat und leitet das Referat für Regionale Schulentwicklung, Schulträger und Demographiestrategie im Hessischen Kultusministerium, www.kultusministerium.hessen.de

Kinder auf dem Land müssen den gleichen Zugang zu guter Bildung haben wie Kinder in städtischen Ballungsräumen. Trotz Kinderlosigkeit und zunehmender Landflucht steht für Hessen fest: Bei der Unterrichtsqualität darf es kein Stadt-Land-Gefälle geben. Wichtig ist der Erhalt wohnortnaher Schulen. Der Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ verlangt jedoch auch einen klaren Blick auf den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum. So zählte Hessen im Schuljahr 2014/15 bereits 154 Grundschulen mit nur einer Klasse pro Jahrgang. An weiteren 32 Grundschulen wird die erste und zweite sowie die dritte und vierte Klasse jeweils jahrgangsübergreifend, also zusammen, unterrichtet. Die Mindestschülerzahl für eine Grundschulklasse liegt in Hessen derzeit bei 13 Schülern.

Unser Ziel lautet, vernünftige Klassengrößen und Jahrgangsbreiten zu sichern und damit einen Beitrag für gleiche Bildungschancen zu leisten. Die Unterrichtsqualität darf aber nicht leiden. An Kleinst-

schulen gibt es eben nur wenige Lehrer. Hier wird es schwer, Vertretungsunterricht zu organisieren oder sich mit Kollegen auszutauschen, etwa über die Leistungen und den Lernfortschritt der Kinder.

Bevor eine Schule mangels Schüler den Betrieb einstellen muss, setzt das Hessische Kultusministerium seit 2011 auf die Verbundschule, also die Zusammenfassung von kleinen Schulen zu einer großen Schule. Verbundschulen haben nur einen Schulbezirk, eine Schulleitung, aber zwei oder mehr Standorte, an denen Unterricht stattfindet. Das Modell bietet ein Netz von gut erreichbaren und personell gut ausgestatteten Schulen. Beispielgebend sind insbesondere die Landkreise Limburg-Weilburg, Waldeck-Frankenberg oder der Main-Kinzig-Kreis, die seither zusammen 21 Verbundschulen neu aufgebaut haben. Das Konzept lautet: Kommt die Aufhebung einer Schule aus regionalen Gründen – beispielsweise einer besonders langen Busfahrtzeit zur nächsten Schule – nicht in Betracht, empfiehlt sich zuallererst die organisatorische Zusammenlegung mit einer Nachbarschule zu einer Verbundschule.

Schließlich kann eine Verbundlösung auch ein großer Schritt auf dem Weg zu verstärkter Zusammenarbeit von Nachbar-

gemeinden sein und deren Austausch in sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen fördern. Eine intakte kommunale Bildungslandschaft ist schließlich ein wesentlicher Faktor für die Ansiedlungsbereitschaft von Familien und Unternehmen. Die Verbundschule kann helfen, dies zu gewährleisten. Dagegen kann ein System aus eigenständigen Kleinstschulen schon die pädagogischen Rahmenbedingungen nicht erfüllen, die für eine umfassende Grundschulbildung notwendig sind. So hoch das Engagement von Schulgemeinden und Elterninitiativen auch einzuschätzen ist, bleibt am Ende festzustellen, dass eine Schule ohne Schüler keinen Sinn macht und nicht zu halten sein wird.

Im Zentrum unserer Bemühungen steht das Kind, der gute Unterricht und die bestmögliche Förderung unserer Kinder und Jugendlichen. An diesen Leitsatz wird sich Hessen auch in Zukunft halten. Selbst wenn, wie erwartet, die Schülerzahlen auf dem Land weiter sinken werden, wird die Landesregierung alles tun, um Schulstandorte in erreichbarer Nähe zu gewährleisten.



Ein Haus für Kinder

Die Schülerzahlen in der Grundschule Stiebritz sanken, der Kindergarten im benachbarten Nerkewitz platzte hingegen aus allen Nähten. Die Gemeinden haben daher nach Wegen gesucht, die wichtigen Säulen der Daseinsvorsorge in ihrer Region zu erhalten. Herausgekommen ist dabei ein Mehrfunktionshaus, das von Schul- und Kindergartenkindern gemeinsam genutzt wird. [VON JULIANA MODEL]

Manchmal findet sich die Lösung für ein Problem gleich nebenan. So war es auch in der Verwaltungsgemeinschaft Dornburg-Camburg im thüringischen Saale-Holzland-Kreis. In der Gemeinde Hainichen wurde die Schließung der Grundschule „Talblick“ im Ortsteil Stiebritz in Erwägung gezogen – immer weniger Schüler und leer stehende Räume zwangen den Bürgermeister und das Landratsamt als Träger und Eigentümer der Schule, die ökonomische Tragfähigkeit und die Bedeutung des Schulstandorts auf den Prüfstand zu stellen. Auch für den Kindergarten „Kleine Strolche“ im benachbarten Nerkewitz, das zur Gemeinde Lehesten gehört, standen Veränderungen an: Als einziger Kindergartenstandort für drei Ortschaften bot er nicht genügend Kapazitäten, um die Nachfrage nach Betreuung zu decken. Zudem war das Gartengelände für die bisher betreuten Kinder viel zu klein geworden. Investitionen waren unumgänglich.

Die Lösung: ein Mehrnutzungskonzept

Leerstand auf der einen Seite, Raumnot auf der anderen – da lag es nahe, die Nutzung der beiden Standorte miteinander zu kombinieren. Mit Hilfe des LEADER-Managements haben die Bürgermeister der beiden Gemeinden gemeinsam mit dem Landratsamt das Projekt „Ein Haus für Kinder“ ins Leben gerufen. Konkret bedeutete das, die Raumaufteilung an der Stiebritzer Grundschule mit ihren derzeit 100 Schülern in vier Klassenstufen so umzugestalten, dass Räume frei werden. Diese können nun als Gruppenräume für die Kindertagesstätte genutzt werden; statt 27 Kinder können jetzt 44 Kinder betreut werden. Dadurch wurde die überfüllte Kindertagesstätte in Nerkewitz entlastet, und Kinder, die bereits auf Wartelisten standen, konnten aufgenommen werden. Finanziert wurde das Projekt durch Mittel der Dorferneuerung, über die Regionale Aktionsgruppe Saale-Holzland e.V., die ortsansässige Agrargenossenschaft sowie über Eigenmittel der Gemeinden und des Landkreises.

Umgesetzt wurde das Projekt zwischen 2011 und 2013. Dabei ist es gelungen, den Kommunikationsprozess zwischen den Schülern und den Kindergartenkindern erheblich zu fördern. Zwischen Schule und Kindergarten findet jetzt ein regelmäßiger Austausch statt: Die Grundschüler lesen, singen oder spielen den Kindergartenkindern auf ihren Instrumenten vor; die angehenden Schulkinder werden von der Grundschule zu Schnuppertagen eingeladen, um das neue Umfeld kennenzulernen.

Anfangsschwierigkeiten erfolgreich bewältigt

Natürlich galt es auch bei diesem Projekt, einige Herausforderungen zu bewältigen. So haben Kinder unterschiedlichen Alters voneinander abweichende Vorlieben und Bedürfnisse, die bei der Organisation des Tagesablaufs und der Pausengestaltung berücksichtigt werden müssen. Auch hat sich die anfängliche gemeinsame Nutzung des Außengeländes und des Spielplatzes als unvorteilhaft erwiesen – die Altersspanne von einem Jahr bis zu zehn Jahren ist einfach zu groß. Deshalb wurde das Außengelände geteilt, und die Grundschule hat nun einen separaten Spielplatz. Auf ein rücksichtsvolles Verhalten und die Akzeptanz der unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder wird großer Wert gelegt. Anfängliche Schwierigkeiten konnten durch den guten Kommunikationsprozess zwischen den Leiterinnen der Einrichtungen behoben werden.

Die Zentralisierung der Einrichtungen in einem Ort bedeutete aber auch, dass der Ortsteil Nerkewitz eine wichtige Einrichtung der Daseinsvorsorge aufgeben musste. Erwartungsgemäß befürworteten die Anwohner das geplante Vorgehen nicht. Die bislang organisierten Feste werden nun nicht mehr im Ort durchgeführt, auch verändert sich das Ortsbild durch das Fehlen spielender Kinder. Aufgrund des sichtbaren Erfolges hat sich die Stimmungslage der Anwohner nach der Abschlussphase des Projektes allerdings verbessert.





- 1 In der Praxis zeigt sich, wenn das Mehrnutzungskonzept angepasst werden muss: Anfangs spielten Kindergartenkinder und Schulkinder gemeinsam auf einem Außengelände, aber der Altersunterschied war zu groß. Heute haben beide Gruppen ihren eigenen Spielplatz.
- 2 Immer weniger Schüler, leer stehende Räume und ein renovierungsbedürftiges Gebäude: Die Existenz der Grundschule in Stiebritz stand auf dem Prüfstand.
- 3 Nach dem Umbau strahlt das alte Gebäude in neuem Glanz – und beherbergt Grundschule und Kindergarten unter einem Dach.



Zahlreiche Vorteile für beide Seiten

Die Synergien aus der Umsetzung des Mehrnutzungskonzepts sind hoch. So erfolgt nun ein nahtloser Übergang vom Kindergarten zur Grundschule. Mit dem Vorhaben wird eine jahrgangsübergreifende Kinderbetreuung als Ganztagskonzept ermöglicht. Die Bindungsverluste werden von den Kindergartenkindern im Vergleich zum traditionellen Vorgehen der Einschulung als nicht erheblich wahrgenommen. Auch kann der Förderbedarf der Kinder im Vorfeld besser mit den zuständigen Lehrern abgestimmt werden. Zudem werden durch die Nutzung gleicher Dienstleistungen – unter anderem von Hausmeister- und Reinigungsservice – Kosten eingespart.

Besonders Eltern mit mehreren Kindern unterschiedlichen Alters begrüßen das Mehrnutzungskonzept, sparen sie doch Zeit und Wege ein. Für die Nerkewitzer Eltern ist gegenüber der Fahrzeit zum vorherigen Standort ein Mehraufwand von fünf Minuten entstanden, den sie als annehmbar ansehen. Ein großer Vorteil des Konzeptes ist, dass Kindergartenkinder und Schüler über einen längeren Zeitraum im vertrauten Umfeld bleiben. Einziger Knackpunkt sind die unterschiedlichen Betreuungszeiten der beiden Einrichtungen; hier wünschen sich alle Beteiligten eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen den Leiterinnen. Weitere Aufwertungs- und Sanierungsmaßnahmen sind geplant.

Schulstandort erfolgreich gesichert

Auch wenn das Vorhaben vom Standardverfahren zur Sicherung der regionalen Schulangebote abweicht: Das Mehrnutzungskonzept der Verwaltungsgemeinschaft Dornburg-Camburg ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein Schulstandort erhalten und seine ökonomische Tragfähigkeit gesichert werden kann. Dabei wurden gleich mehrere Ziele in die Tat umgesetzt: Soziale Einrichtungen wurden nicht nur erhalten und an die demografische Entwicklung angepasst. Auch wurde ein

Konzept umgesetzt, das Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von einem bis zehn Jahren unter einem Dach ermöglicht. Zudem werden die Gemeinden durch die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt.

Statt für die Schließung des Standortes oder die Überführung in einen Schulverbund haben sich die Gemeinden Hainichen und Lehesten und der Landkreis Saale-Holzland entschlossen, den Schulstandort durch die Integration des Kindergartens aufzuwerten und somit das Betreuungsangebot für Kinder aus der Nachbargemeinde zu erhöhen. Ermöglicht wurde diese Lösung durch die enge Partnerschaft zwischen Gemeinden und Landkreis, aber auch durch die interkommunale Kooperation der Ortschaften. Eine solche Standortbündelung führt zu mehr Leben im Ort und erhöht die Wohnattraktivität für junge Familien. Das Modell „Haus für Kinder“ lässt sich auch gut auf andere Gemeinden übertragen.



KONTAKT:

Ina John
Regionale Aktionsgruppe Saale-Holzland e.V.
Telefon: 036693 230936
info@rag-sh.de
www.rag-sh.de

Michael Döring
VG Dornburg-Camburg
Telefon: 0162 4100539
gemeindelehesten@aol.com

Der Werkstattunterricht der Kleinen Grundschule Großwudicke findet internationales Interesse: Ein Lehrerehepaar aus Tansania hospitierte in der Klasse 1/2.



Lernen mit allen Sinnen

Die „Kleine Grundschule Großwudicke“ im Brandenburger Havellandkreis kann sich über mangelnden Zulauf nicht beklagen. Grund dafür ist ein pädagogisches Konzept, das Lernen und Lehren neu definiert. [VON ANKE ENGELEITER]

„Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte, wo kämen wir hin – und keiner ginge, um zu sehen, wohin wir kämen, wenn wir gingen.“ Dieses Zitat des Schweizer Theologen und Schriftstellers Kurt Marti prägt die Arbeit an der Grundschule Großwudicke. Die idyllisch am Waldrand gelegene Schule wurde 1998 nach einer Modellphase vom Land Brandenburg als „Kleine Grundschule“ anerkannt. Seitdem hat sie sich von einer ganz normalen Dorfschule in ein Lernhaus mit liebevoll gestalteten Klassen- und Werkstattträumen und einem naturnah gestalteten Pausenhof entwickelt, das ein besonderes pädagogisches Konzept verfolgt. Rund 100 Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 6 werden in offenen Unterrichtsphasen und gemischten Altersgruppen von sieben Lehrkräften unterrichtet.

Individuell zum Erfolg

Das Wissen erarbeiten sich die Kinder zu einem großen Teil in Lernwerkstätten. Hier können sie mit allen Sinnen, an unterschiedlichen Orten und auf individuellem Weg zum Erfolg gelangen. Vor diesem Hintergrund ist das fächerverbindende Konzept „Lehrmeister Pferd“ entstanden. Die Kinder üben in einem einjährigen Kurs auf einem Reiterhof die Umgangsweise mit Pferden.

Durch das pädagogische Konzept und einen entsprechenden Fortbildungsschwerpunkt im Kollegium können auch Kinder mit Entwicklungsdefiziten und Teilleistungsstörungen sowie sozial-emotional auffällige Kinder und Kinder mit unterschiedlichen Behinderungsarten erfolgreich integriert werden. Gemeinsam mit den Kollegen im vorschulischen Bereich werden hierfür die Arbeitsschwerpunkte frühzeitig festgelegt, um einen guten Übergang in die Schule zu gewährleisten.

Da sich Krippe, Kindergarten und Hort im Schulhaus befinden, lassen sich nicht nur die Bildungs-, sondern auch die Freizeitangebote miteinander abstimmen.

Auch der Freizeittreff der Gemeinde ist in die Schule integriert, die Mitarbeiterin entwickelt die Angebote in enger Kooperation mit den örtlichen Vereinen.

So unterstützt der Freizeittreff nicht nur die schulischen Aktivitäten, sondern baut gleichzeitig eine Brücke zwischen Schule und dörflichem Alltag. Diese selbstverständliche Einbindung der Kinder in das Dorfleben trägt dazu bei, dass sie schon früh ein Gefühl von Heimatverbundenheit entwickeln. Zudem gewinnen die Vereine über die Schule laufend neue Mitglieder. Die Arbeit für und mit Familien wird durch thematisch abgestimmte Elternseminare im Rahmen der schulischen Bildungssozialarbeit ergänzt.

Kooperation zahlt sich aus – in vielerlei Hinsicht

In den vergangenen Jahren sind erhebliche Mittel in die bauliche Unterhaltung des Gebäudes, aber auch in die technische Ausstattung geflossen. Beispielsweise können nun in allen Klassenstufen die neuen Medien umfassend genutzt werden. Hierfür wurde ein integriertes Konzept zur Medienerziehung erarbeitet. Die gezielte Absprache zwischen Schule, Kita und der Gemeinde, die Schulträger ist, ermöglicht sinnvolle Investitionen, die allen Beteiligten zugute kommen. Durch die bewusste Integration des Freizeittreffs ist in vielen Fällen eine Mehrfachnutzung möglich, wodurch Kosten gespart werden.

In unserem Schulalltag erleben wir täglich, dass durch Öffnung und Kooperation, durch neue Lernplätze und Differenzierung im Unterricht und durch ein neues Rollenverständnis der Lehrkräfte eine Kultur des Lernens geschaffen werden kann, die es den Kindern ermöglicht, mit Freude fachliche und soziale Kompetenzen zu erwerben. Die stetig wachsenden Schülerzahlen zeigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.



KONTAKT:
Anke Engeleiter
Kleine Grundschule Großwudicke
Telefon: 033873 60028
grundschule.grosswudicke@schulen.brandenburg.de
www.grundschule-grosswudicke.de

Privatschulen – Rettung oder Last?

Die Privatschullandschaft in Deutschland dehnt sich aus: Laut des Verbands Deutscher Privatschulen stiegen die Schülerzahlen an freien Schulen in den vergangenen zehn Jahren bundesweit um 17 Prozent. Können private Schulen im ländlichen Raum dazu beitragen, die Schulinfrastruktur und -qualität zu verbessern?



Caroline Kann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. In ihrer Dissertation untersuchte sie unter anderem die Entwicklung des Privatschulsektors.

Frau Kann, welche Rolle spielen private Schulen heute im ländlichen Raum?

Teilweise nehmen Privatschulen für geschlossene öffentliche Schulstandorte eine Ersatzfunktion ein. Es gibt aber auch Beispiele, wo private Schulen öffentliche Standorte verdrängt haben. Besonders hoch ist der Anteil privater Grundschulen in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands, wo seit der Wende viele öffentliche Grundschulen geschlossen wurden. Zudem sind private Gesamt- und Gemeinschaftsschulen stark auf dem Vormarsch, da sie Schüler aller Bildungsgänge aufnehmen können und eine Alternative zum zwei- beziehungsweise dreigliedrigen Schulsystem darstellen, das unter dem Schülermangel leidet.

Was sind die Ursachen für Neugründungen von Privatschulen auf dem Land?

In Mecklenburg-Vorpommern sind Privatschulen häufig dort gegründet worden, wo eine öffentliche Schule wegen Schülermangels nicht mehr

betrieben werden durfte. Private Schulen müssen im Gegensatz zu öffentlichen Schulen keine Mindestschülerzahlen erreichen, um Schulstandorte zu erhalten. Hier besteht also ein Wettbewerbsvorteil für Schulen in freier Trägerschaft. Für Neugründungen könnten außerdem spezielle Angebote wie Ganztagschule, eine besondere pädagogische Ausrichtung und qualitative Argumente eine Rolle spielen. Aber auch Abgrenzung ist wahrscheinlich ein Motiv.

Wie finanzieren sich Privatschulen?

Die Kosten für Schulen in freier Trägerschaft übernimmt je nach Bundesland zu 60 bis 90 Prozent der Staat. Außerdem dürfen die Schulen Schulgeld erheben. Die Höhe ist allerdings durch das Grundgesetz beschränkt, das fordert, dass Privatschulen die Schüler nicht nach den Besitzverhältnissen der Eltern trennen. Den Großteil der Privatschulen in Deutschland betreiben kirchliche Träger. Sie erheben ein verhältnismäßig geringes Schulgeld im unteren zwei- bis dreistelligen Bereich. Anders ist es beispielsweise bei internationalen Schulen, die streng genommen nicht zu den allgemeinbildenden Ersatzschulen gehören und dadurch die Vorgabe nach geringem Schulgeld unterlaufen können.

Ist es für die Landesregierungen kein Zielkonflikt, wenn sie öffent-

liche Schulen schließen und später an gleicher Stelle kleine Privatschulen bezuschussen müssen, die nicht den geltenden Anforderungen an die Mindestschülerzahl unterliegen?

Ein Konflikt besteht, allerdings sparen die Länder an jedem Privatschüler Geld. Der Konflikt besteht vor allem in der Frage, ob sich der Staat wirklich so weit aus dem Bereich Bildung zurückziehen sollte. Denn dieser Wandel von Staatlichkeit ist nicht unbedingt nachhaltig und kann sich negativ auf die Chancengleichheit der Schüler auswirken.

Können die neuen Privatschulen die Schließungen öffentlicher Schulen kompensieren?

Punktuell ist das möglich. Allerdings ist der ländliche Raum teilweise so massiv vom Schülerzahlenrückgang betroffen, dass es auch für private Schulen eine große Herausforderung darstellt, ein betriebswirtschaftlich und pädagogisch sinnvolles Schulangebot zu machen. Daher sind die freien Träger teilweise zurückhaltend und konzentrieren sich eher auf die Städte. Kritisch wird es dann, wenn in manchen Regionen gar kein öffentliches Schulangebot mehr besteht und Eltern gezwungen sind, ihr Kind an einer privaten Schule anzumelden.

Vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Isabella Mahler.

”

Kritisch wird es, wenn in Regionen kein öffentliches Schulangebot mehr besteht.“

Eine andere Schule

Seit elf Jahren gibt es in der Gemeinde Dreschwitz im Westen Rügens die Freie Schule Rügen. Ins Leben gerufen haben sie Mütter mit reformpädagogischen Ambitionen. Eine Gründungsgeschichte.

[VON ANJA RATH UND HEIKE BALZER]

Es war die Vision einer besseren Schule, die im Frühjahr 2002 einige junge Mütter auf der Insel Rügen auf den Gedanken brachte, eine eigene Schule zu gründen: „Leistungsdruck, Angst vor Schulversagen und schlechten Noten, Bauchschmerzen schon bei Erstklässlern und schwindende Freude am Lernen wollten wir unseren eigenen Kindern unbedingt ersparen“, sagt die Psychologin Heike Balzer. Sie tauschte sich nach der Geburt ihres Sohns Finn regelmäßig mit befreundeten Müttern darüber aus. Die Unterrichtspraxis an den öffentlichen Schulen der Umgebung kannten die Frauen aus den Erzählungen befreundeter Eltern und weil einige von ihnen bereits schulpflichtige Kinder hatten oder als Lehrerinnen arbeiteten. Gemeinsam entwickelten die Mütter die Vision einer Schulalternative auf Rügen. Bereits nach wenigen Monaten trafen sich bis zu zwölf Schulplanerinnen einmal wöchentlich: Aus der Idee entwickelte sich ein Gründungsprojekt.

Belächelte Mütter öffnen Türen

„Es war gut, dass einige von uns noch in der Erziehungszeit waren. Die zeitlichen Freiräume konnten wir nutzen, um über den eigenen Tellerrand zu schauen“, sagt Heike Balzer. Die Frauen hospitierten an verschiedenen Schulen und wälzten Fachliteratur. Auf den Treffen diskutierten sie das Für und Wider pädagogischer Ansätze und entwickelten ein Leitbild – sowie ein erstes Schulprogramm, das von den Pädagoginnen der Gründungsgruppe kontinuierlich weiterbearbeitet wurde. Das Ergebnis war ein Konzept für ganzheitliches, exemplarisches Lernen in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen, das die pädagogischen Ansätze von Maria Montessori und Jürgen Reichen kombiniert. Es sollte eine Grundschule mit integriertem Hort und angeschlossener Orientierungsstufe entstehen.

Bis das Schulkonzept vom Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommerns als innovativ und damit positiv bewertet wurde, musste die Gründungsinitiative Ausdauer beweisen. „Wir wurden anfangs oft nicht ernst genommen“, sagt Anja Heitmüller, Lehrerin und Schulgründerin.

Sie erarbeiteten sich daher Sachkenntnisse im Schul- und Verwaltungsrecht: „Wir mussten Gesetzestexte, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften durchdringen und prüfen, ob sie für unser Projekt relevant waren. Es folgten unzählige Telefonate und Briefwechsel mit den Behörden.“

Letztendlich überzeugten freundliche Beharrlichkeit und wachsender Sachverstand die Entscheidungsträger: „Ein Durchbruch gelang, als die damalige Landrätin Kerstin Kassner unser Projekt unterstützte“, sagt Heike Balzer. Auch ein persönliches, Mut machendes Gespräch mit dem damaligen Bildungsminister Hans-Robert Metelmann war entscheidend und wegweisend. Gleichzeitig war es wichtig, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen. Denn wer meldet sein Kind in einer Schule an, die es noch nicht gibt?

Leer stehende Schule gefunden

Im Landkreis Rügen wurde schließlich die Aufnahme der neuen Schule in den Schulentwicklungsplan befürwortet. Allerdings hatten Gemeinden mit eigenen Grundschulen kein Interesse an einer Konkurrenz vor Ort. „Nach langer Suche fanden wir in Dreschwitz ein Schulgebäude, das die Gemeinde verkaufen wollte“, sagt Heike Balzer. Aufgrund sinkender Schülerzahlen hatte die Gemeinde den Standort wenige Jahre zuvor aufgegeben und die Dreschwitzer Kinder besuchten Schulen in den Nachbarorten. Das Schulgebäude und die dazugehörige kleine Turnhalle standen leer und befanden sich in einem desolaten Zustand. Die Frauen der Schulinitiative sahen darin eine Chance, ihre Vorstellungen zu verwirklichen, verfügten jedoch anfangs nicht über die notwendigen Mittel zum Erwerb oder zur Sanierung der Gebäude. Die Gemeinde wartete mit dem Verkauf, bis die Initiative die Gebäude mit Fördergeldern der Norddeutschen Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE) erwerben konnte. Nun stand eine grundlegende Instandsetzung und Renovierung an: Ein Architekt erarbeitete das Konzept für die energetische Sanierung des Schulgebäudes unter ökologischen Gesichtspunkten.



„Genauso wie das gesamte Schulprojekt wuchs langsam die Höhe des Finanzvolumens“, sagt Heike Balzer. Rund 400 000 Euro der Kosten für die Sanierung wurden über Mittel der NUE, LEADER+ sowie des Ganztagschulprogramms des Bundes sichergestellt. Der Rest wurde durch einen Kredit bei der GLS-Bank finanziert.

Selbst entscheiden

Verantwortlich für alle Aufgaben rund um den Kauf, die Sanierung und den Neubau der Schulgebäude ist der im Oktober 2002 gegründete „Förderverein UmWeltSchule Rügen“. Schulträger und verantwortlich für die Pädagogik und das Schulteam der Freien Schule Rügen ist der „Verein UmWeltSchule Rügen“, der kurz zuvor gegründet wurde. Die Gründerinnen hatten frühzeitig beschlossen, sich nicht an einen der großen Bildungsträger zu wenden, denn sie wollten selbstständig über Struktur und Inhalte ihrer Schule entscheiden – auch wenn dies bedeutete, den Gründungsprozess alleine bewältigen zu müssen.

„Das Schulgenehmigungsverfahren war ein Ringen mit dem Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern“, erinnert sich Anja Heitmüller. Bei einem ersten Beratungstermin zur konzeptionellen Gestaltung der neuen Schule taten sich viele Hürden auf. „Wir mussten Angaben zum Schulprofil und der Klassenbildung machen, Aussagen zum Umgang mit Lehrplänen, Musteranstellungsverträge einreichen, aber auch die Lage des Schulgebäudes und Zahl, Art und Größe der Unterrichtsräume benennen sowie Unbedenklichkeitsbescheinigungen der zuständigen Bau- und Gesundheitsbehörde vorweisen und noch vieles mehr.“ Im April 2003 beantragte die Elterninitiative beim Bildungsministerium die Anerkennung ihrer Schule als staatliche Ersatzschule. Mit Erfolg: Im November wurde die Schulgenehmigung erteilt.

Allerdings übernimmt Mecklenburg-Vorpommern die Kosten für den Schulbetrieb an Ersatzschulen erst nach einer Wartezeit, die ersten beiden Jahre mussten daher selbst finanziert werden. Dies gelang dem Verein

UmWeltSchule Rügen über Zuschüsse sowie einer Matching-Förderung der Software AG-Stiftung. Um eine finanzielle Zuwendung zu erhalten, musste sich der Schulträger aktiv um Spenden bemühen. Jede eingegangene Spende bezuschusste die Stiftung dann zu 100 Prozent.

Guter Rat

Im August 2004 startete die erste Lerngruppe mit 22 Kindern. Heute hat die Freie Schule Rügen rund 130 Schüler und 32 Mitarbeiter: davon 16 Lehrer, die gemeinsam mit ihren sechs Hortkollegen die Schule und den Hort betreuen. Die Schule ist Mitglied im reformpädagogischen Schulverbund „Blick über den Zaun“ und im Bundesverband der Freien Alternativschulen (BFAS). Sie kooperiert mit der Gemeinde Dreschwitz sowie mit einem Kindergarten, der vor einigen Jahren in Dreschwitz gegründet wurde. Die Turnhalle nutzen neben dem Kindergarten auch andere Dreschwitzer, etwa für Yoga- und Tanzkurse. Einige Gebäude sind in den Jahren hinzugekommen und das Schulgelände wurde zu einem Naturerlebnisbereich umgestaltet, dessen öffentliche Nutzung vom Schulträger erwünscht ist.

Im Rückblick haben die Gründerinnen den Eindruck, dass es ihr hartnäckiger Enthusiasmus war, der ihnen den Weg ebnete und aus Sackgassen heraushalf. „Wir haben Hilfe bei anderen Freien Schulen gesucht und gefunden. Aber wir haben auch Misserfolge einstecken müssen. Insgesamt war es ein mühseliger, aber sehr spannender Prozess“, sagt Heike Balzer. Der sich hätte abkürzen lassen: Erst nach der Eröffnung sind die Schulgründerinnen auf den BFAS gestoßen, der Elterninitiativen fachlich unterstützt. „Ich möchte unsere Erfahrungen nicht missen, empfehle anderen Eltern aber, sich beispielsweise beim BFAS beraten zu lassen.“

- 1 Die Freie Schule Rügen ist reformpädagogisch ausgerichtet. Im sogenannten Hunderterfeld nach Maria Montessori lernen die Kinder mathematische Strukturen kennen.
- 2 Das einst leer stehende Schulgebäude in Dreschwitz wurde von der Freien Schule Rügen wiederbelebt.
- 3 Im Hort können die Kinder zwischen mehreren Freizeitaktivitäten wählen. Mit einer Erzieherin lernen sie das Tondrehen auf der Scheibe.



KONTAKT:
Heike Balzer
UmWeltSchule Rügen e.V.
Telefon: 038306 239920
info@freie-schule-ruegen.de
www.umweltschule-ruegen.de